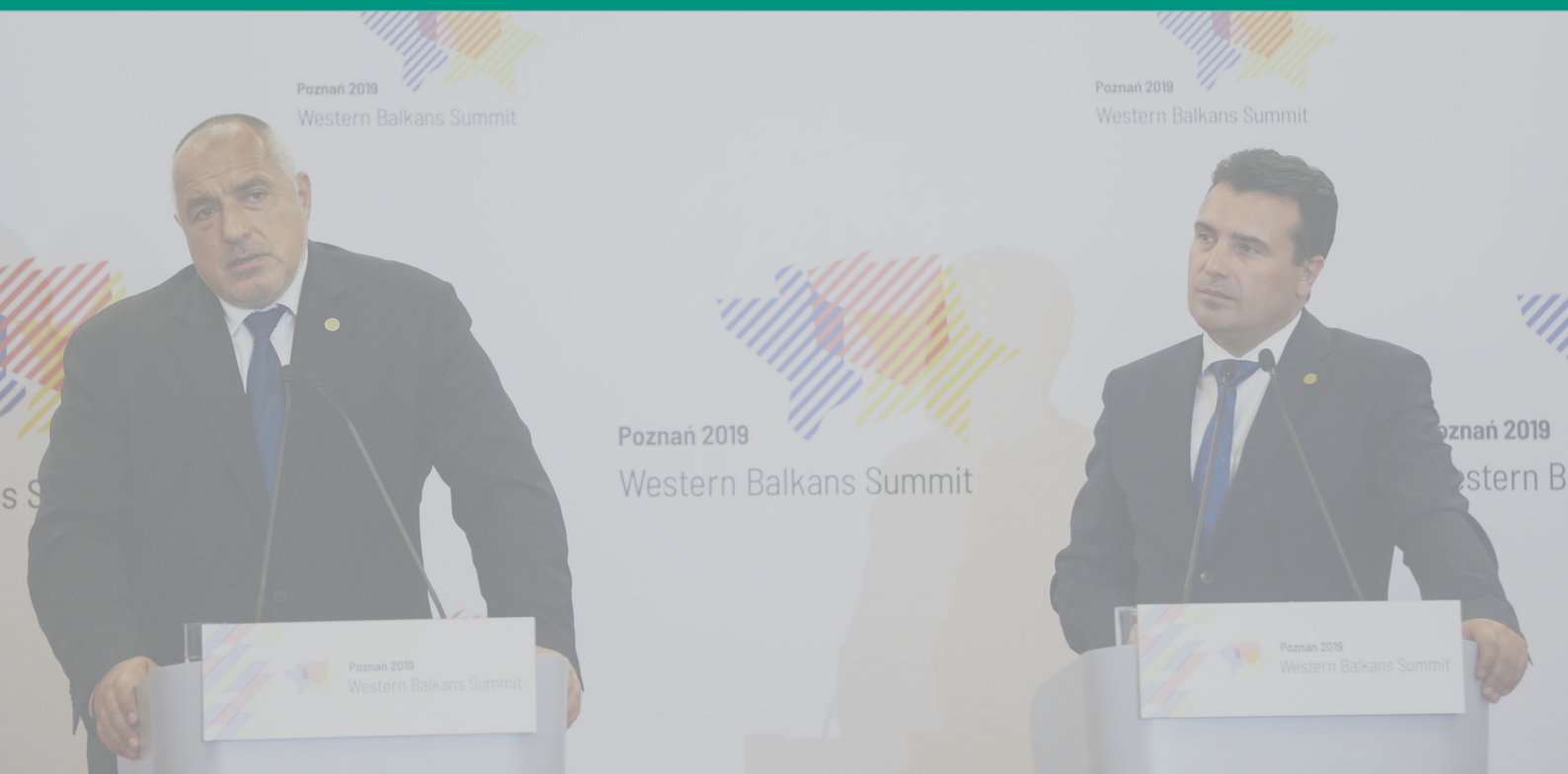


SOUTHEASTEUROPE in Focus

No. 7/2020



Bulgarien und Nordmazedonien im Streit um historische Narrative

Interview von Michael Martens (FAZ) mit dem Historiker Ulf Brunnbauer.



SÜDOSTEUROPA-
GESELLSCHAFT

© Südosteuropa-Gesellschaft, December 2020

Widenmayerstr. 49

80538 Muenchen

Email: info@sogde.org

URL: www.sogde.org

All rights reserved

Southeast Europe in Focus 7 / 2020

Edited and Published by Südosteuropa-Gesellschaft e.V. / Southeast Europe Association,

Munich, December 2020

Disclaimer

The views expressed in this publication are solely those of the authors and do not necessarily reflect the views of the Südosteuropa-Gesellschaft / Southeast Europe Association and the editor.

About the SOG: The Southeast Europe Association (Südosteuropa-Gesellschaft – SOG) is an organisation that seeks to bridge political debate with scientific dialogue and socio-cultural exchange about Southeast Europe. The SOG is based on individual membership and is being supported institutionally by the German Federal Foreign Office in Berlin. Since its establishment in 1952, the SOG is an important liaison organisation for German foreign policy. For more information: www.sogde.org

Layout: Wladimir Dirksen

Graphic Design: Johanna Deimel / Christian Hagemann

Photograph: imago images / ZUMA Press. Prime Minister of Bulgaria, Boyko Borisow and Prime Minister of North Macedonia, Zoran Zaev during Western Balkans Summit at the Poznan International Fair in Poznan, Poland, on 5 July, 2019. Copyright: xBeataxZawrzelski

Bulgarien, Mazedonien und der Holocaust

Michael Martens im Interview mit Ulf Brunnbauer

Hintergrund

Trotz des großen Einsatzes der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und von Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich blockiert Bulgarien als einziger von 27 EU-Mitgliedsstaaten die Eröffnung einer Regierungskonferenz zur förmlichen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien. Dies wurde zuletzt beim EU-Gipfel am 10./11. Dezember 2020 deutlich. Bereits im März 2020 hatten sich alle EU-Staaten inklusive Bulgarien für Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten Nordmazedonien und Albanien ausgesprochen, ohne freilich das Datum für die Eröffnung von Verhandlungen festzulegen. In den Monaten danach kam aus Bulgarien u.a. die Forderung, Nordmazedonien müsse anerkennen, dass die mazedonische Sprache eigentlich ein bulgarischer Dialekt sei. Nordmazedonien lehnt diesen Verzicht auf nationale Identität ab. Die Spannungen zwischen Nordmazedonien und Bulgarien sind für die übrigen EU-Staaten nur schwer nachzuvollziehen, zumal beide Staaten seit 2017 ein Freundschaftsvertrag verbindet.

Michael Martens, Südosteuropa-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Wien) fragte in einem Gespräch mit Prof. Dr. Ulf Brunnbauer, dem Wissenschaftlichen Direktor des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung und Inhaber des Lehrstuhls Geschichte Südost- und Osteuropas an der Universität Regensburg nach den Gründen für die bulgarische Blockade

Frage: Herr Brunnbauer, im Südosten Europas tobt derzeit ein seltsamer Streit, der Außenstehenden Rätsel aufgibt: Bulgarien bezichtigt Nordmazedonien, es habe die bulgarische Geschichte gestohlen und dürfe deshalb nicht mit der EU über eine Mitgliedschaft verhandeln. Worum geht es?

Brunnbauer: Um einen konstruierten Geschichtskonflikt ohne viel Substanz. Abgesehen davon, dass es nicht Aufgabe von Regierungen sein sollte, einem anderen Land oder der eigenen historischen Forschung Deutungsmuster vorzuschreiben, geht es um Fragen, über die man ohne großen Schaden unterschiedlicher Meinung sein kann. Zumal wenn es eine Seite, nämlich Bulgarien, als ihre Mission ansieht, in einer Art Geschichtsimperialisismus die andere Seite, also Nordmazedonien, von der eigenen historischen Wahrheit zu überzeugen.

Frage: Bulgarien besteht darauf, dass es eine „gemeinsame Geschichte“ beider Länder gebe, Nordmazedonien spricht von „geteilter Geschichte“. Wo liegen die Unterschiede?

Brunnbauer: Im Bulgarischen und Mazedonischen ist der semantische Unterschied etwas größer als im Deutschen. Bulgarien versteht unter „gemeinsamer Geschichte“ eine identische Geschichte. Demnach waren die Mazedonier bis 1944 Teil des bulgarischen Volkes, weshalb es Mazedonier als Nation eigentlich gar nicht geben könne, denn ohne eigene Geschichte keine Nation. Der mazedonische Ansatz von der

„geteilten“ Geschichte ist dagegen nicht nur das modernere, sondern gerade für den Balkan mit seinen sich überschneidenden Ansprüchen und Brüchen das angemessenere Konzept. Zudem meint „geteilte Geschichte“ auch, dass es Ereignisse und Persönlichkeiten gibt, die für die Geschichte beider Länder eine Rolle spielen, aber unterschiedlich gedeutet werden. Was nicht ausschließt, dass beide Deutungen Humbug sein können.

Frage: Eine bulgarische Forderung lautet, Nordmazedonien dürfe von den Jahren 1941 bis 1944 nicht mehr als Zeit der „faschistischen Besatzung“ sprechen. Wie faschistisch war Bulgariens Politik als Verbündeter Hitlers zwischen 1941 und 1944?

Brunnbauer: Bulgarien wurde seit den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts autoritär regiert, was sich im Zweiten Weltkrieg noch intensivierte – aber ein faschistischer Staat war es nicht. Man nahm zwar Anleihen beim Faschismus, insbesondere in der Symbolik, auch gab es kleinere nationalsozialistische Gruppierungen, aber im Kern war Bulgarien eine Königsdiktatur, die Reaktion und Modernisierung vereinbaren wollte. Trotz politischer Repression und antisemitischer Gesetzgebung existierte ein gewisser Meinungspluralismus, im Parlament waren Oppositionelle vertreten, eine ‚Gleichschaltung‘ von Staat und Gesellschaft gab es nicht.

Frage: Bulgarien hat 1941 aber das heutige Nordmazedonien besetzt – wie sah die bulgarische Besatzungspolitik dort aus?

Brunnbauer: Zunächst ist fraglich, ob wir von Okkupation oder nicht eher von Annexion sprechen sollten. Ab 1942 vergab Bulgarien die Staatsbürgerschaft an die 'bulgarische' Bevölkerung im Besatzungsgebiet – ein Hinweis darauf, dass die bulgarische Regierung diese Territorien als Teil Bulgariens begriff. Sofia strebte nach einer raschen Bulgarisierung der slawischen Bevölkerung Mazedoniens, etwa durch das Schulwesen und von Kultureinrichtungen zur Propagierung einer bulgarischen Identität. Hauptopfer war die jüdische Bevölkerung, die schon im Oktober 1941 enteignet und dann zum großen Teil in Ghettos gesperrt und 1943 an die Nationalsozialisten ausgeliefert wurde.

Frage: Welche Rolle spielte der bulgarische Staat, spielten die bulgarische Armee, Verwaltung und Eisenbahn bei der Deportation?

Brunnbauer: Um deutschen Forderungen nach der Deportation von 20.000 Juden aus Bulgarien zu entsprechen, lieferte Bulgarien im März 1943 mehr als 7.000 mazedonische Juden aus, die in Treblinka ermordet wurden. Die lokale Organisation der Verhaftung, Internierung und Deportation, etwa aus der Stadt Bitola mit seiner großen jüdischen Gemeinde, erfolgte durch bulgarische Behörden wie dem „Kommissariat für jüdische Angelegenheiten“, der Polizei und der Armee. Das geschah in Kooperation mit den Deutschen, doch wäre die Deportation so vieler Menschen in so kurzer Zeit ohne die tätige Mithilfe der bulgarischen Besatzungsbehörden nicht denkbar gewesen. Praktisch alle wesentlichen bulgarischen Ministerien waren beteiligt.

Frage: Wird die Verwicklung Bulgariens in den Holocaust in Mazedonien heute in bulgarischen Schulen vermittelt, oder beschränkt sich der Stoff auf den Fall der geretteten Juden Bulgariens?

Brunnbauer: In wissenschaftlichen Kreisen und auch in einigen Schulbüchern wird das Schicksal der mazedonischen Juden nicht mehr verschwiegen, auch nicht seitens der offiziellen Organe. Aber die staatliche Geschichtspolitik betont die Rettung der bulgarischen Juden, auf die das Land zurecht stolz ist, und vernachlässigt die Verantwortung Bulgariens für die Ermordung der Juden aus seinem Besatzungsgebiet. Allerdings nimmt der Holocaust nirgends in Südosteuropa einen zentralen Platz in der Erinnerungskultur ein.

Frage: Gehen wir ein halbes Jahrhundert zurück: Um 1900, als die Region Mazedonien noch Teil des osmanischen Reiches war, betrieben Griechenland, Serbien und Bulgarien dort Schulen, um die Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. Mit welchen Folgen?

Brunnbauer: Es ging nicht nur um Schulen. Die konkurrierenden Staaten rüsteten auch Freischärler aus, um mazedonische Bauern mit Waffengewalt zu zwingen, sich zu Bulgarien, Griechenland oder Serbien zu bekennen. Bulgarien betrieb aber mehr Schulen als Serbien und Griechenland, auch gab es eine größere Affinität der lokalen slawischen Dialekte zum Bulgarischen als zum Serbischen, während Griechisch ohnehin eine Elitensprache war. Insofern hatten die Bulgaren einen Startvorteil, den sie sich aber durch ihre Besatzungspolitik wieder zunichtemachten.

Frage: Oswald Spengler schreibt im „Untergang des Abendlandes“, die Schulpolitik habe in Mazedonien innerhalb einer Generation eine starke Wirkung auf die Selbstidentifikation der Bevölkerung gehabt – stimmt das?

Brunnbauer: Da es damals weder Umfragen noch Wahlen gab, die meisten Menschen nicht schreiben konnten und daher auch keine Selbstzeugnisse überliefert sind, wird sich das nicht mit Gewissheit sagen lassen. Schulen waren sicher wichtig für die Selbstidentifikation, vor allem für die kleine gebildete Schicht, die dank solcher Strukturen Karriere machen konnten – im „Heimatland“ oder als Lehrer in einer der nationalen Schulen in Mazedonien. Aber die Bauern, 80 Prozent der Bevölkerung, hatten andere Sorgen. In osmanischer Zeit herrschte ohnehin noch weitgehend „nationale Indifferenz“. Menschen identifizierten sich über ihre Religion, ihren Beruf, das Dorf oder die Familie, nicht über etwas Abstraktes wie Nation oder Ethnizität – Kategorien, die offiziell im Osmanischen Reich keine Rolle spielten. Aus Konsulatsberichten des frühen 20. Jahrhunderts wissen wir, dass ein Dorf von einem Tag auf den anderen von einem griechischen zu einem bulgarischen werden konnte, wenn die Bulgaren einen kostenfreien Priester schickten, oder eben umgekehrt. Nationale Identitäten waren im Fluss. Unleugbar gab es aber vor allem vor den Balkankriegen von 1912/13 viele Menschen in Mazedonien, die sich als Bulgaren definierten oder für Bulgarien Sympathien hegten. Immerhin unterstanden viele Kirchen auf dem Gebiet Mazedoniens der Autorität des Bulgarischen Exarchats, und eine sprachliche Affinität gab es auch.

Frage: Wie verhält es sich mit der bulgarischen Position, die mazedonische Sprache habe sich als westbulgarischer Dialekt aus dem Bulgarischen heraus entwickelt?

Brunnbauer: Man kann durchaus der Ansicht sein, dass die mazedonische Standardsprache sich aus einem „westbulgarischen“ Dialekt entwickelt habe. Die meisten europäischen Slawisten im 19. Jahrhundert bezeichneten das Slawische in Mazedonien als Bulgarisch. Die heutige mazedonische Standardsprache ist Ergebnis eines Ende der vierziger Jahre unter kommunistischer Ägide politisch vorangetriebenen Kodifizierungsprozesses – mit eigener Grammatik, Orthographie und einigen eigenen Buchstaben. Dabei wählte man bewusst einen Dialekt, der möglichst weit vom Standardbulgarischen entfernt liegt. Auch einige Serbismen wurden beibehalten, um die Differenz zum Bulgarischen zu betonen. Na und? Es gibt viele Beispiele dafür, dass sich aus einem Dialektkontinuum mehrere Standardsprachen entwickelt haben, etwa Deutsch und Niederländisch. Welcher Sprachname der ältere ist, wo also eine Kodifizierung früher stattfand, ist für primär Lokalhistoriker interessant, aber nicht für die Bewertung einer Sprache als Sprache.

Frage: Was sagt der Streit über die historischen Narrative beider Länder?

Brunnbauer: In beiden Ländern dominiert in der Öffentlichkeit ein recht einfach gestricktes nationalistisches Verständnis von Geschichte, das unter anderem von Akademieinstituten wissenschaftlich untermauert wird. Es ist hängengeblieben in den Anfängen der Geschichtsschreibung als moderner Disziplin – sprich: bei Leopold von Ranke. In diesen Narrativen existiert die Nation schon ewig, und die Geschichtsschreibung dient ihrer Affirmation, weil das Volk das zentrale Subjekt der Geschichte sei. In den beiden Sprachen heißt es *narod*, damit ist die ethnische, nicht die politische Nation gemeint. In beiden Ländern gibt es viele Historiker, die solche Zugänge scharf kritisieren, und Nationen als Konstrukte sowie Geschichte als multi-perspektivisch ansehen. Nur stützt sich die bulgarische Regierung vor allem auf Vertreter der veralteten Schule. Dort glaubt man, dass „Fakten“ eine unumstößliche „Wahrheit“ bilden, die praktischerweise die bulgarische Sicht abbildet. Die aktuelle Regierung in Skopje beruft sich dagegen auf Historiker, die akzeptieren, dass „Geschichte“ und „Nationen“ letztlich Konstruktionen sind.

Frage: Bulgarien behauptet, eine mazedonische nationale Identität sei erst ab Herbst 1944 in Titos Jugoslawien mit repressiven Mitteln geschaffen worden. Nur entstehen nationale Identitäten für gewöhnlich nicht per Stichtagsregelung – oder ist da etwas dran?

Brunnbauer: Die mazedonische Nationswerdung ist ein Paradebeispiel für ein systematisch betriebenes staatliches Nationsbildungsprojekt. Ohne die staatliche Politik in Jugoslawien hätte sich eine solche weithin akzeptierte nationale Identität tatsächlich nicht herausgebildet. Mit Titos Segen konnten die mazedonischen Kommunisten nach Einrichtung ihrer Republik Ende 1944 konsequent die makedonische Nation formen und vermitteln. In kürzester Zeit gaben sie ihr alles, was eine Nation braucht: Eine eigene Sprache und Geschichte, eine Flagge, eine Akademie der Wissenschaften, eine eigene Folklore, und natürlich einen eigenen Staat mit eigenen Institutionen, wenn auch als Teil Jugoslawiens.

Frage: Aber konnte sich die jugoslawische Nationsbildungspolitik nicht auf Ansätze eines bereits mazedonischen Sonderbewusstseins stützen?

Brunnbauer: Das konnte sie, denn aus dem Nichts heraus hätte ein solche Politik nicht funktioniert. Schon im 19. Jahrhundert hatte es Stimmen eines regionalen mazedonischen Sonderbewusstseins gegeben, artikuliert etwa in Forderungen nach Autonomie oder Unabhängigkeit. Auch setzten Bemühungen um die Standardisierung des in Makedonien gesprochenen slawischen Idioms, das große Ähnlichkeiten zum Bulgarischen aufweist, schon deutlich vor 1944 ein. Angesichts mehrfach wechselnder staatlicher Zugehörigkeit hatten viele Menschen in Mazedonien 1944 zudem noch keine fixierte nationale Identität. In der Zwischenkriegszeit hatte das serbisch dominierte Regime in Belgrad eine aggressive Entbulgarisierung betrieben. Die umgekehrte Bulgarisierungspolitik während des Ersten und Zweiten Weltkriegs, als die Provinz von Bulgarien kontrolliert wurde, war in ihrer Engstirnigkeit und auch Brutalität kontraproduktiv. Weder der großbulgarische Terror in der Zwischenkriegszeit noch die gleichzeitige gewaltsame Repression durch die serbische Polizei waren dazu angetan, Sympathien für die eine oder andere Seite zu wecken. So wollten viele Menschen in Mazedonien 1944 vor allem eines nicht mehr sein: Serben oder Bulgaren. Darauf konnte man 1944 aufbauen – und wo Überzeugungsarbeit nicht half, wurde im sozialistischen Jugoslawien in den vierziger und fünfziger Jahren Repression gegen jene verübt, die

partout an einer bulgarischen Identität festhalten wollten.

Frage: So beginnt also ab den fünfziger Jahren eine Mehrheit der Bevölkerung Mazedoniens, sich als Mazedonier auch im nationalen Sinne zu sehen?

Brunnbauer: Zumindest war die Gründung einer mazedonischen Teilrepublik und deren aggressive Nationalisierungspolitik Grundvoraussetzung für die Verbreitung und Internalisierung einer mazedonischen nationalen Identität. Spätestens seit den sechziger Jahren scheint die Mehrheit der Slawen im Land überzeugt von einer makedonischen Identität gewesen zu sein – sie profitierte ja auch von der sozialistischen Moderne in einem bis dahin stark unterentwickelten und armen Landstrich. Zudem war Titos Jugoslawien allemal attraktiver als das kommunistische Bulgarien. Und wer sich gar nicht mit den neuen Verhältnissen abfinden wollte, konnte auswandern – auch das war eine Besonderheit Jugoslawiens.

Frage: Wie war das vorher – gab es nach dem Zweiten Balkankrieg, als Vardar-Mazedonien Teil Serbiens beziehungsweise bald darauf des serbisch dominierten Jugoslawien wurde, eine größere Auswanderungsbewegung nach Bulgarien?

Brunnbauer: Nach den Balkankriegen flohen oder migrierten geschätzt 300.000 Menschen aus Gebieten, die Bulgarien beansprucht hatte, aber nicht gewinnen konnte. Vom Bulgarien als Zielland ihrer Flucht lässt sich darauf schließen, dass sie sich entweder als Bulgaren verstanden oder Bulgarien als das kleinere Übel wahrnahmen. Viele Flüchtlinge waren sicher überzeugte Bulgaren. In Bulgarien wurden Exponenten der mazedonischen und thrakischen Immigration zu berüchtigten großbulgarischen Ultranationalisten, die etwa 1923 den Premier Aleksandar Stamboliiski ermordeten, da dieser einen Ausgleich mit Jugoslawien anstrebte. Bis in die frühen dreißiger Jahre kontrollierten diese bulgarisch orientierten mazedonischen Nationalisten Südwestbulgarien wie einen Staat im Staat. In der Hoffnung, dadurch doch noch den Anschluss der an Jugoslawen gefallenen Gebiete an Bulgarien zu erreichen, verübten sie von dort aus wiederholt Terrorangriffe auf Exponenten des jugoslawischen Staates in Mazedonien.

Frage: Kehren wir noch einmal in die vorvorige Jahrhundertwende zurück: Eine besonders umstrittene historische Gestalt ist der 1903 im Kampf gegen die Osmanen getöteten Freischärlerführer Goce Delčev. In Sofia heißt es, er sei ein bulgarischer

Nationalheld, in Skopje wird er für die eigene Geschichte beansprucht. Lässt sich eine klare Trennlinie überhaupt ziehen?

Brunnbauer: Dieser Fall steht für die Unfähigkeit von Nationalisten, zu akzeptieren, dass sich Geschichte nicht als Schwarzweißbild malen und als klare Linie von A nach B erzählen lässt. Es gibt einige historische Persönlichkeiten aus dieser Zeit am Balkan, auf die heute unterschiedliche Nationen einen exklusiven Anspruch erheben – in Unkenntnis der Vielfalt an Identitätsoptionen einer Zeit, als für viele 'Nationalität' nicht so wichtig war, da der Kampf um Freiheit von imperialer Herrschaft im Vordergrund stand. Delčev, der eine bulgarische Schule besucht hatte, war Sozialist und wurde deshalb von der Offiziersschule in Sofia verwiesen. Er war zudem ein Kämpfer gegen die Herrschaft des Sultans über Mazedonien. Wie andere Freischärler verwandte er wenig Zeit darauf, sein Programm kohärent zu Papier zu bringen. In Briefen spricht er von sich als „Bulgaren“, politisch aber definierte er sich als „Mazedonier“, womit er aber wohl keine Nation meinte, sondern die Bewohner der Region, für deren Befreiung vom osmanischen Reich er kämpfte. Seine Vision war die eines republikanischen, föderalen Balkans – das monarchische Bulgarien jener Zeit konnte für ihn daher kein Vorbild sein. Er wollte nicht die Herrschaft Istanbuls durch jene Sofias ersetzen.

Frage: Es scheint, als hätte Bulgarien im vergangenen Jahrhundert durchaus die „Herzen und Köpfe“ der Mazedonier gewinnen können. Nur hat es durch eine brutale Bulgarifizierungspolitik im Ersten und erst recht im Zweiten Weltkrieg die meisten Sympathien verloren – kann man das so sagen?

Brunnbauer: Durchaus. Die Voraussetzungen waren nicht schlecht für Bulgarien. Vor dem Ausbruch des Ersten Balkankriegs 1912 hatte Bulgarien mit seiner patriotischen Propaganda mehr erreicht als seine Konkurrenten Griechenland und Serbien. Im Zwischenkriegsjugoslawien hatte die Regierung in Belgrad fanatische serbische Nationalisten zur Verwaltung des 1912 eroberten Mazedonien geschickt, das offiziell gemeinsam mit Kosovo „Südserbien“ hieß. Sie betrieben eine aggressive Serbisierungspolitik ohne jedes Verständnis für das lokale Sonderbewusstsein und erwiesen sich zudem als hochgradig korrupt. Die Provinz wurde systematisch vernachlässigt, war arm und wurde von der Gendarmerie behandelt wie ein okkupiertes Territorium. Im April 1941 begrüßten deshalb viele Slawen in Mazedonien die bulgarischen Truppen als Befreier von serbischer Unterdrückung, ebenso wie

Albaner im Westen Mazedoniens den italienischen Truppen zujubelten. Aber die Bulgaren haben diesen guten Willen dann zu einem guten Teil selbst untergraben, da nun Sofia alles bestimmte und die Menschen vor Ort wieder kein Mitspracherecht hatten. Spätestens die unerfreuliche Erfahrung mit der bulgarischen Besatzungspolitik von 1941 bis 1944 sowie der anschließende Beginn einer konsequenten jugoslawischen Makedonisierungspolitik mit ihrer Mischung aus positiven Identifikationsangeboten und Zwang bedeuteten eine Weichenstellung. Danach wurde eine bulgarische Identitätsoption obsolet oder zum persönlichen Risiko.

Frage: Abschließend eine Frage zur Gegenwart: Der bulgarische Ministerpräsident Boyko Borissow hat in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gesagt, der Hauptgrund für das bulgarische Veto gegen die Eröffnung von EU-Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien bestehe darin, dass die Regierung in Skopje behaupte, es gebe eine mazedonische Minderheit in Bulgarien. Gibt es eine mazedonische Minderheit in Bulgarien – und eine bulgarische in Nordmazedonien?

Brunnbauer: Da es in beiden Ländern Personen gibt, die sich als Angehörige einer solchen Minderheit bezeichnen, gibt es sie – so massiv die Regierungen in Skopje und Sofia das auch leugnen. Historisch ergibt das ja auch Sinn: Warum soll es nicht Menschen in Mazedonien geben, die sich immer schon als Bulgaren gefühlt haben, das im Kommunismus aber aus nachvollziehbaren Gründen nicht öffentlich sagen wollten und nun auf das Recht des Selbstbekenntnisses pochen? Umgekehrt hat der mazedonische Nationsbildungsprozess in den vierziger Jahren auch auf Südwestbulgarien ausgegriffen, auf das sogenannte Pirin-Makedonien. Bis in die fünfziger Jahre hinein gab es da viele Menschen, die sich bei Volkszählungen als Mazedonier bezeichneten. Seit 1989 wird eine Organisation, die sich als mazedonische Minderheitenorganisation konstituieren will, von den Behörden daran gehindert. Hier wäre bilaterale Kooperation sinnvoll: Eine Anerkennung der jeweiligen Minderheit gegen die Zusage, diese nicht für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Aber insbesondere in Nordmazedonien als dem schwächeren Staat berührt das Urängste. Außerdem hat Bulgarien schon vielen Mazedoniern seine Staatsbürgerschaft verliehen. Zehntausende, nach manchen Schätzungen sogar mehr als 100.000 Bürger und Bürgerinnen Nordmazedoniens haben die bulgarische Staatsbürgerschaft angenommen. Nicht, weil sie sich als Bulgaren fühlen, sondern weil sie sich

mit dem bulgarischen Pass überall in der EU frei niederlassen können. Für ein Land mit weniger als zwei Millionen Einwohnern stellt das natürlich ein Souveränitätsproblem dar.